



Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und
Integrationsbeiräte Bayerns

Beiratsbörse 2012 in Fürth

14. April 2012

Rede der Vorsitzenden der AGABY, Mitra Sharifi Neystanak

Sehr geehrter Herr Innenminister Herrmann, sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, sehr geehrter Herr Dr. Jung, sehr geehrte Frau Meyer, sehr geehrter Herr Arnold, verehrte Vertreter aus der Kommunal- und Landespolitik und der Verwaltung, liebe Beiratskolleginnen und –kollegen, meine Damen und Herren,

ich heiÙe Sie im Namen der Organisatoren der bayerischen Beiratsbörse, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns und dem Projekt „Empowerment & Partizipation“ sehr herzlich willkommen. Ich freue mich außerordentlich, dass wir heute mit dieser Veranstaltung den Fokus auf die Arbeit der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte, auf das bürgerschaftliche Engagement und die aktive Rolle sowie den Beitrag von Migrantinnen und Migranten zur Gestaltung kommunaler Integrationsprozesse legen, auf die Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Institutionen und Netzwerke der Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft. Dabei geht es um nicht weniger als die Notwendigkeit einer demokratischen und partizipativen Gestaltung der Integration im Sinne eines gleichberechtigten Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Wir sind zutiefst überzeugt, dass ohne Partizipation in einer demokratischen Gesellschaft keine Integration möglich ist. Ich glaube es ist überflüssig und vermessen, Sie, meine Damen und Herren, darüber zu belehren, dass gerade ein komplexer Prozess wie Integration, der die Akzeptanz und das Engagement der Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft braucht, weder von oben herab administrativ zu befehlen noch durch paternalistische und damit entmündigende „Hilfen“ für die „armen Migranten“ zu erreichen ist. Eine effiziente Förderung von Integrationsprozessen, die durchaus notwendig ist, kann ohne Beteiligung nicht gelingen. Somit sollen die Forderungen nach Rechten und Möglichkeiten politischer Partizipation, also erleichterter Einbürgerung und der Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaater weiterhin die Forderungen aller bleiben, die es mit der „Integration“ ernst meinen.

Angesichts der weiterhin unbefriedigenden Situation, was das Recht zur politischen Mitbestimmung angeht (ein großer Teil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte ist von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen, denn nur Eingebürgerte haben das volle Wahlrecht und nur EU-Bürger das kommunale Wahlrecht) sind die Beiräte als zumeist gewählte Interessenvertretungen der Migrantinnen und Migranten trotz ihrer eingeschränkten Entscheidungsmöglichkeiten das wichtigste Instrument der politischen Mitgestaltung von Menschen mit Migrationshintergrund unterhalb des Wahlrechts. Unlängst bescheinigte die als „Schönwälder Studie“ bekannt gewordene Untersuchung des Max-Planck-Instituts, die sich mit dem Anteil von „Einwanderinnen und Einwanderern in den Parlamenten deutscher Großstädte“ beschäftigt, dass viele Mandatsträger nicht deutscher Herkunft ihre ersten Erfahrungen in der Kommunalpolitik aus den Ausländerbeiräten mitbringen.

Gewiss, die Integrationsbeiräte sind kein Ersatz für fehlendes Wahlrecht. Sie haben sich jedoch

längst zu kompetenten Fachgremien entwickelt, die wie andere Beiräte mit kommunalwahlberechtigten Mitgliedern, etwa Senioren- oder Familienbeiräte, spezifische kommunalpolitische Handlungsfelder im Auge haben.

In ihrer ethnisch, kulturell, politisch, altersmäßig und sozialen Heterogenität stellen Beiräte ein Netzwerk unterschiedlichster Gruppen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte dar und sind selbst oft unverzichtbarer Bestandteil der Vernetzung integrationspolitischer Akteure in der Kommune. Wie kaum eine andere Migrantenorganisation kennen sie sich mit den kommunalpolitischen Strukturen aus, arbeiten eng mit den Verwaltungen und Mandatsträgern zusammen und kooperieren mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. Gleichzeitig haben ihre Mitglieder durch ihre eigene Migrationserfahrung und ihre mehrsprachigen und interkulturellen Ressourcen die besten Kontakte und Zugänge zu Migrantencommunities. Sie machen in vielen kommunalen Gremien auf Probleme aufmerksam und geben Impulse für Lösungen. Sie sind Ideengeber, Berater und Gutachter oder sie entwickeln und implementieren selbst bzw. in Kooperation mit Anderen ganze Projekte. Sie initiieren immer wieder Begegnungen und Austausch, über die Grenzen in den Köpfen hinweg. Sie sind Ansprechpartner für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit, wenn es darum geht, Kontakte, spezifische Erfahrungen und Know How, aber auch gegenseitige Akzeptanz zwischen der Migrantenbevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft im Allgemeinen und der Kommunalverwaltung im Speziellen zu vermitteln.

Wenn wir heute von Integration und Integrationsförderung sprechen, sprechen wir von einer breiten Palette kommunal-, landes- und bundespolitischer Themen und Handlungsfelder: Von Arbeitsmarkt, Schule und Bildungsbeteiligung, Organisations- und Personalentwicklung in den Verwaltungen, Städteplanung, Kultur, Gesundheit, Frauen-, Senioren- und Jugendarbeit bis zur Situation der Flüchtlinge, Antirassismuserbeit und Widerstand gegen extremistische Umtriebe, all dies sind Themen kommunaler Integrationspolitik. Um den Herausforderungen in diesen vielfältigen Handlungsfeldern gerecht zu werden, brauchen Beiräte viel Engagement und eine gute Arbeitsinfrastruktur. Der Erfolg funktionierender Beiräte hängt von zwei Faktoren ab: Auf der einen Seite von der Zusammensetzung der Mitglieder, ihrem persönlichen Engagement und ihren Kompetenzen. Hierfür ist eine Wahlordnung, die eine möglichst breite Vertretung der heterogenen Migrantenbevölkerung ermöglicht, sehr wichtig. Erfreulicherweise haben sich die einstigen Ausländerbeiräte in den letzten Jahren bezüglich ihrer Zusammensetzung weiterentwickelt und haben sich zunehmend neben Ausländern, die nach wie vor die Kerngruppe der Wähler bilden, auch für Eingebürgerte und deutschstämmige Zuwanderer geöffnet. Neben einer guten Wahlordnung müssen wie bei jeder anderen Wahl auch engagierte und kompetente Personen gefunden und ermutigt werden, zu kandidieren um dann hoffentlich auch gewählt zu werden.

Von entscheidender Bedeutung ist aber auch wie das ehrenamtliche Engagement unterstützt wird, wie gut das Gremium in der Verwaltung eingebunden und mit Informationen versorgt wird, welche Infrastruktur und Ressourcen es für seine Arbeit bekommt, ob ihre Mitglieder Möglichkeiten zum Austausch und zur Qualifizierung bekommen, und ob ihre Arbeit öffentlich honoriert wird. Die öffentliche Anerkennung der Leistungen ehrenamtlich arbeitender Beiräte ist nicht nur angesichts des erbrachten Engagements nötig. Die Kommunalpolitik setzt damit auch ein öffentliches Zeichen für die Integration im Dialog. Migrantenvetreter, die mit im Rathaus sitzen und von der Kommunalpolitik ernst genommen werden, unterstreichen das Bekenntnis zur Akzeptanz und die Zugehörigkeit der Bevölkerung nicht deutscher Herkunft zur kommunalen Gemeinschaft. Ich versichere Ihnen, dass dies nicht nur von der Migrantenvölkerung als ermutigend und positiv wahrgenommen wird, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürger ohne Migrationshintergrund die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft ins Bewusstsein ruft. Ein kleiner Etat für eigene Aktivitäten, eine funktionierende Geschäftsstelle mit hauptamtlichem Personal, die die ehrenamtlichen Beiratsmitglieder professionell unterstützt, die Arbeit koordiniert und auch den Kontakt zu hauptamtlichen Verwaltungsstrukturen sicherstellt, sind erfahrungsgemäß gute Voraussetzungen dafür, dass die Arbeit des Beirates und der kommunalen Politik und Verwaltung gut ineinander greifen und funktionieren. Die positiven Erfahrungen der Kommunen, die das frühzeitig erkannt und umgesetzt haben, bestätigen dies.

Anders als in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz oder im Saarland, Bundesländer in denen die Gründung von kommunalen Migrantenvvertretungen in der Gemeindeordnung geregelt ist, beruht die Einrichtung von Beiräten in Bayern auf der Entscheidung politischer Mehrheiten in einzelnen Kommunen. So haben wir in Bayern in allen größeren und vielen mittleren Städten Beiräte mit unterschiedlichen Namen und zum Teil sehr unterschiedlichen Satzungen und Wahlordnungen. Ohne eine gesetzliche Regelung gibt es zwar eine Vielfalt, die eine flexible Anpassung an lokale Erfordernisse und Rahmenbedingungen sowie Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen ermöglicht. Die fehlende gesetzliche Verankerung bedeutet in Zeiten knapper Kassen, in denen die Kommunen ihre freiwilligen Leistungen gegenüber den Regierungen zum Teil rechtfertigen müssen, auch, dass die Zahl der Beiratsgründungen gerade in den kleinen Städten und in den Landkreisen weiterhin hinter den Erwartungen zurückbleiben. Sie, sehr geehrter Herr Innenminister, haben immer wieder an die Kommunen appelliert, Beiräte zu gründen. Aber wenn in ganz Oberfranken nur ein einziger gewählter Beirat existiert, müssen wir überlegen, ob nicht eine gesetzliche Regelung für die Kommunen eine Entscheidungshilfe darstellt.

Erfreulicherweise stellen wir tatsächlich ein wachsendes Interesse bei kleineren Kommunen fest. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen sowie dem Bundesamt für Integration und Flüchtlinge für die Förderung des gemeinsamen Projektes der AGABY und des LBE Bayern

„Empowerment & Partizipation“ bedanken, in dessen Rahmen wir unter anderem die Gründung neuer Beiräte sowie die Vernetzung und Weiterqualifizierung bestehender Beiräte unterstützen können. Auch die heutige Beiratsbörse wäre ohne diese Förderung nicht möglich. Meine Damen und Herren, Sie alle haben heute die Gelegenheit, sich mit der Arbeit der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte und ihrer aktuellen aber auch potenziellen Kooperationspartnern in Bayern auseinanderzusetzen, sich auszutauschen, Bewährtes und Nachahmungswertes kennenzulernen, Impulse für die künftige Arbeit zu bekommen, Kritisches und Problematisches gemeinsam zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Wir wollen aber auch den Blick in die Zukunft richten und nach neuen Handlungsfeldern und Kooperationen Ausschau halten. Ich verhehle auch nicht die Absicht, dass wir gerne Sie, verehrte Vertreter der kommunalen Politik und Verwaltung aus den Kommunen, die noch keinen Beirat haben, gerne überzeugen wollen, dass es sich lohnt, eine Infrastruktur für eine „Integration im Dialog“, also für gemeinsame Bemühungen um ein gleichberechtigtes und demokratisches Zusammenleben in der Kommune zu schaffen und Menschen mit Migrationshintergrund als Akteure der Integration zu gewinnen und mit einzubeziehen. Ich hoffe, dass wir auch die Vertreter der Landespolitik überzeugen können, dass analog zu den Vertretungsorganen in den Kommunen eine demokratisch legitimierte Migrantinnenvertretung auf Landesebene nötig ist und damit die institutionelle Anerkennung der AGABY fällig.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Stadt Fürth, Herrn Oberbürgermeister Dr. Jung und ihrem Integrationsbeirat, der Geschäftsstelle und dem Vorsitzenden des Beirates, meinem Vorstandskollegen Georgios Deligeorgis für die Gastfreundschaft bedanken. Ebenfalls danken möchte ich dem Team des Projektes „Empowerment & Partizipation“ vor allem Marion Bradl und Victoria Müller für ihre unglaublich engagierte und professionelle Arbeit bei der Vorbereitung und Organisation der Börse. Mein Dank gilt natürlich auch allen die mit ihren Informationsständen und Präsentationen die Börse mit Leben erfüllen. Ich danke Ihnen, dass Sie wieder einmal ein Wochenende opfern. Ich hoffe, dass die netten Begegnungen, der fachliche Austausch und neue Anregungen für die künftige Arbeit und Kooperationen Sie ein Stückchen entschädigen werden. Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren aus Politik und Verwaltung, danke ich ebenfalls für Ihr Interesse an unserer Arbeit und hoffe, dass wir Ihnen heute gute und handfeste Argumente für die Unterstützung der bestehenden oder neu zu gründenden Beiräte bieten können.

Sehr geehrter Herr Herrmann, sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, sehr geehrter Herr Dr. Jung, ich kann unmöglich die Gelegenheit Ihrer Anwesenheit ungenutzt lassen, um drei sehr aktuelle politische Themen anzusprechen:

Das erste betrifft die Situation der Flüchtlinge: Vor einigen Wochen hat sich in Würzburg ein Landsmann von mir in der Gemeinschaftsunterkunft das Leben genommen. Andere iranische

Asylsuchende haben gerade letzte Woche ihren Hungerstreik unterbrochen, mit dem sie auf ihre Situation aufmerksam machen wollten. Sie stehen für die Nöte vieler Flüchtlinge, die in den zum Teil lange dauernden Asylverfahren unter schweren sozialen Bedingungen zermürbt werden. Psychologen sprechen von Retraumatisierungen. Hier werden wir sicher nicht alle Aspekte der bayerischen Flüchtlingspolitik, mit der sich unter anderem die Delegiertenvollversammlung der AGABY morgen beschäftigen wird, diskutieren können. Aber ich möchte Sie dringend darum bitten, dafür zu sorgen, dass die Verfahrensdauer kürzer wird und insbesondere im Umgang mit Kindern und jungen Flüchtlingen alle Möglichkeiten zu überprüfen, damit ihre Lebensbedingungen die Beteiligung an Bildungsangeboten und dem gesellschaftlichen Leben nicht unmöglich machen. Es sind zum Teil hoch motivierte und gut qualifizierte, bildungs- und demokratiehungrige Menschen, die angesichts ihrer Situation und der Verdammung zur Untätigkeit an unserer Gesellschaft und Demokratie verzweifeln, den Lebensmut verlieren und zerbrechen. Wir sind vom Grundgesetz und der Flüchtlingskonventionen nicht nur verpflichtet, ihnen Schutz zu bieten und ihre Menschenwürde zu achten, wir müssen auch aus eigenem gesellschaftlichem Interesse alles tun, damit sie ihre Fluchttraumata überwinden und mit neuer Kraft und Hoffnung unsere Gesellschaft oder im Falle der Rückkehr ihr Land bereichern: Lassen Sie uns zu einer neuen Flüchtlingspolitik finden, die die Abschreckung nicht zu ihrer Priorität erklärt.

Der zweite Punkt betrifft Ihre Kritik, Herr Innenminister an den islamischen Verbänden: Ich halte eine so pauschale Kritik für zumindest problematisch. Der Islam, die Muslime und ihre Verbände sind vielfältig und weisen komplexe und heterogene Strukturen auf. Die Verbände sind nicht gleich und nicht statisch. Es gibt Radikalisierungstendenzen genauso wie Öffnungsprozesse und eine zum Teil sehr engagierte Teilnahme an Dialog- und Integrationsprozessen. Eine sehr aktuelle hessische Studie, die sich mit dem bürgerschaftlichen Engagement von Migranten beschäftigt, macht darauf aufmerksam, wie stabilisierend und damit integrationsfördernd die Arbeit auch der religiösen Migrantenorganisationen ist. Die große Mehrheit der Muslime lebt organisiert oder unorganisiert in Übereinstimmung mit dem deutschen Recht. Wir müssen sie durch die im Grundgesetz garantierte Glaubensfreiheit unterstützen, die innerislamischen Entwicklungs- und Erneuerungsprozesse voranzutreiben. Es darf kein Gegensatz zwischen einer islamisch geprägten Identität einerseits und der Zugehörigkeit zu Deutschland und Bayern andererseits suggeriert werden. Die staatliche Neutralität in Religionsfragen und im übrigen auch das Problem mit Kurzfixen in Klassenräumen geht nicht auf Muslime oder Migranten zurück. Diese Entwicklungen gehen auf die Aufklärung und die Verfassung zurück und sind gerade in einer zunehmend multiethnisch und multireligiös zusammengesetzten Einwanderungsgesellschaft ein hohes Gut. Ich kann nur davor warnen, gerade junge und verunsicherte Muslime durch Kulturkampfrhetorik und pauschale Urteile auszugrenzen und damit in die Arme der Radikalen und reaktionären Kräfte

zu treiben. Auch die gibt es und sie kämpfen zum Teil mit Geld und Unterstützung aus dem Ausland um die Deutungshoheit bei Muslimen in Deutschland und Europa.

Wir brauchen die Unterstützung der Selbstorganisationen von Muslimen, die ohne die Gelder aus dem Ausland, hier auf dem Boden der Verfassung dazu beitragen können, dass eine deutsche und islamische Identität nicht länger als ein Entweder-Oder wahrgenommen werden. Ich verspreche mir positive Entwicklungen mit der Realisierung eines islamischen Religionsunterrichts in unseren Schulen durch hier lebende und ausgebildete Religionslehrer, die muslimischen Kindern eine zeitgemäße und aufgeklärte islamische Identität in Deutschland ermöglichen.

Das dritte Thema betrifft den nationalsozialistischen Terror und die zunehmenden rechtsradikalen Umtriebe in Bayern. Wir haben mit Respekt die würdigen Gedenkveranstaltungen und Worte der Anteilnahme und Scham angesichts der rassistischen Morde und des Versagens der Sicherheitsorgane überall im Land verfolgt. Sie, Herr Herrmann, haben unter anderem in Ihrem Brief an die Mitglieder des Bayerischen Integrationsrates Ihre persönliche Betroffenheit angesichts der menschenverachtenden Morde der Zwickauer Terrorzelle zum Ausdruck gebracht und betont, dass die Bayerische Staatsregierung sich „Fremdenhass, Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus mit allen Mitteln eines Rechtsstaates entschlossen entgegen“ stellt. Wir warten und wir möchten Ihnen die Unterstützung der AGABY und der kommunalen Beiräte in diesem Kampf gegen Rassismus und Barbarei zusichern. Wir machen uns Sorgen: Gerade in Bayern treten die Neonazis immer selbstbewusster und aggressiver auf. Sie vernetzen sich und versuchen in ländlichen Gebieten Fuß zu fassen. Wir wissen, dass die Ablehnung und Ausgrenzung von angeblich Fremden, Rassismus und diskriminierende Denkmuster und Ausschlussmechanismen in der Mitte der Gesellschaft die Basis für die menschenverachtende Ideologie der mordenden Rechtsradikalen sind. Neben der schonungslosen Aufklärung bisheriger Versäumnisse und Fehler in der Einschätzung der rechten Szene sowie in der Arbeit der Sicherheitsorgane, brauchen wir eine aktive Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit und eine Gleichstellungspolitik. Wir brauchen ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis und klare öffentliche Bekenntnisse zur multiethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Und hier schließt sich der Kreis. Denn die Arbeit der Beiräte für Integration und Gleichstellung, für Dialog und Zusammengehörigkeit der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Kommune, ist antirassistische Arbeit und eine Ohrfeige für die rechtsradikalen Kräfte. Lassen Sie uns – allen alten und neuen Nazis zum Trotz – weiterhin für eine demokratische und solidarische Zukunft in unserem Land einsetzen.

Es gilt das gesprochene Wort.